Landtag
Nordrhein-Westfalen
18. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 18/703
10.10.2024

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

53. Sitzung (Sondersitzung) (öffentlich)

10. Oktober 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:04 Uhr bis 9:50 Uhr

Vorsitz: Dr. Robin Korte (GRÜNE)

Protokoll: Dr. Alexander Happ

Verhandlungspunkt:

Direktreduktionsanlage bei thyssenkrupp Steel vor dem Aus? – Droht damit die Transformation zu einer wasserstoffbasierten Industrie im Land zu scheitern? **3**

* * *

Direktreduktionsanlage bei thyssenkrupp Steel vor dem Aus? – Droht damit die Transformation zu einer wasserstoffbasierten Industrie im Land zu scheitern?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur 53. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie. Die heutige Sondersitzung ist, glaube ich, die erste Sondersitzung in dieser Legislaturperiode in diesem Ausschuss. Ebenfalls begrüße ich die Landesregierung – ich freue mich, dass Frau Ministerin Neubaur das heute so kurzfristig hat möglich machen können – sowie alle übrigen Zuhörerinnen und Zuhörer einschließlich der Medienvertreter.

Wie immer sind Ton-, Bild- und Filmaufnahmen während der Sitzung untersagt.

Die heutige Sitzung wird auf Antrag zweier Fraktionen als Livestream übertragen.

Die Sondersitzung wurde von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 7. Oktober beantragt. Dem Antrag habe ich gemäß § 53 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung entsprochen und deshalb zur heutigen Sitzung eingeladen.

Ich frage die antragstellende Fraktion der SPD, ob sie in den Tagesordnungspunkt einführen und eine Begründung geben wollen. Da Ihre Anfrage vorliegt, könnte allerdings auch die Landesregierung beginnen.

André Stinka (SPD): Wir haben in dem Brief verdeutlicht, dass die Ankündigung, die Direktreduktionsanlage bei thyssenkrupp eventuell nicht zu realisieren – deswegen ist die Sondersitzung erforderlich –, uns als SPD-Fraktion massiv alarmiert hat. Dieses Ankerprojekt der Wasserstoffversorgung in Nordrhein-Westfalen hat gravierende Auswirkungen. Wir freuen uns auf die Ausführungen der Ministerin und werden nachher noch Fragen stellen.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um die klimaneutrale Transformation und die Zukunftssicherung von thyssenkrupp Steel und zahlreicher nachgelagerter Wertschöpfungsnetze zu ermöglichen, unterstützen wir als Landesregierung thyssenkrupp Steel durch die größte Einzelförderung der Landesgeschichte dabei, den Weg der Transformation gehen zu können.

Ich bin davon überzeugt, dass der klimaneutrale Umbau von thyssenkrupp Steel die einzige Lösung für das Fortbestehen des Unternehmens und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze am Standort Duisburg sein wird. Daher will ich heute noch einmal mit allem Nachdruck klarstellen: Wir stehen voll und ganz zu unserer Entscheidung für das Projekt „tkH2Steel“ bei thyssenkrupp Steel und gehen weiterhin davon aus, dass das Projekt in der bisher geplanten Form umgesetzt wird.

Eines sollten wir in der jetzigen Situation nicht tun – das ist meine herzliche Bitte an Sie alle –: Wir sollten die Unsicherheit der Beschäftigten und der Öffentlichkeit nicht durch Spekulation weiter verstärken. Jetzt zu spekulieren, was zukünftig passieren oder eben nicht passieren könnte, hilft nicht. Nach den aufreibenden Wochen bei thyssenkrupp Steel müssen alle Beteiligten zur Sachlichkeit zurückfinden. Auch wir sollten die Sorgen,

die wir alle uns machen, nicht in Mutmaßungen ausdrücken, durch die die Unsicherheit erhöht würde.

Die Sicherung der Arbeitsplätze und die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens haben für uns oberste Priorität. Dabei wird die Landesregierung auch weiterhin keine Gelegenheit versäumen, sich in Deutschland und Europa für eine auch in Zukunft wettbewerbsfähige und starke Stahlindustrie am Standort Duisburg einzusetzen.

Wir haben das jüngst bewiesen, indem wir unter größter Anstrengung den nationalen Stahlgipfel im September in Duisburg ausgerichtet haben. Der Stahlgipfel war ein voller Erfolg. Das zentrale Ergebnis ist der Nationale Aktionsplan Stahl, den wir gemeinsam mit der IG Metall, der Wirtschaftsvereinigung Stahl und den Ländern der Stahlallianz an Bundeswirtschaftsminister Habeck überreicht haben.

Jetzt kommt es vor allem im Bund und bei der EU darauf an, sich um wettbewerbsfähige Strompreise und Netzentgelte zu kümmern, grüne Leitmärkte zu stärken und die richtigen handelspolitischen Weichen zu stellen. Das brauchen der Industrie- und Stahlstandort Duisburg und Nordrhein-Westfalen für die Zukunft. Gemeinsam werden wir in der Stahlallianz an dem Thema dranbleiben, damit das erfolgen wird. Wir laden Sie und vor allem die Opposition ein: Helfen Sie uns dabei; unterstützen Sie den Nationalen Aktionsplan Stahl, damit seitens des Bundes und der EU tatsächlich Taten folgen.

Zum Beispiel passt zwischen meinen Kollegen aus dem Saarland, Herrn Barke, und mich kein Blatt Papier, was unsere eindeutige Haltung zur Transformation des Stahls und die dafür zu schaffenden notwendigen Rahmenbedingungen im Energiebereich, im Handelsbereich und im Bereich der Leitmärkte betrifft.

Erlauben Sie mir, noch einmal zu tkSE zurückzukommen. Thyssenkrupp arbeitet aktuell an einem neuen Businessplan für die Stahlsparte. Dass hierbei verschiedene Szenarien betrachtet werden, gehört dazu; das ist legitim. Diese Entwicklung beobachten wir sehr genau. Sowohl der Vorstand von thyssenkrupp Steel als auch wir seitens der Landesregierung gehen aktuell davon aus, dass das Projekt in der bisher geplanten Form umgesetzt werden wird. Die Unternehmensseite muss ihren Teil der Transformation beitragen, um die Zukunftsfähigkeit zu sichern. Es ist selbsterklärend, dass wir als Fördermittelgeber erwarten und einfordern, dass hier mit der gebotenen Sorgfalt, Weitsicht und Fairness gehandelt wird.

Richtig ist, dass das Projekt „tkH2Steel“ auch eine wichtige Rolle beim Aufbau der Wasserstoffwirtschaft spielen wird. Langfristig entsteht durch die wasserstoffbetriebene Direktreduktionsanlage ein Bedarf von 140.000 t Wasserstoff. Thyssenkrupp Steel wird aber nicht der einzige große Abnehmer von Wasserstoff sein. Der Erfolg des Aufbaus der Wasserstoffwirtschaft in Deutschland und in NRW hängt nicht an einem einzelnen Wasserstoffprojekt. Wir unterstützen und fördern weitere Projekte wie GET H2 – auch das ist ein IPCEI-Projekt – zum Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur und GreenMotion-Steel zur Produktion grünen Wasserstoffs.

Vor diesem Hintergrund werden wir uns als Landesregierung nicht weiter an Spekulationen beteiligen, was passiert, falls das Projekt nicht umgesetzt wird. Ich appelliere an alle Beteiligten, wie ich es seit Beginn der Unruhe tue, mit Sachlichkeit und konstruktiv an Lösungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für den Stahlstandort ins-

gesamt zu arbeiten. Wir sind und bleiben im engen Austausch mit den Vertreterinnen und Vertretern von thyssenkrupp Steel und mit den Beschäftigten, um an Lösungen mitzuwirken, die das Unternehmen und die Beschäftigten in eine gute Zukunft führen.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Frau Ministerin, vielen Dank für den mündlich vorgetragenen Bericht. – Ich eröffne die Aussprache.

André Stinka (SPD): Frau Ministerin, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sie haben ein paar Punkte angesprochen, die auch der SPD-Fraktion wichtig sind. Uns geht es genau um das, was Sie geschildert haben, nämlich dass in diese offene Frage Klarheit reinkommt. Die Medien haben über die Kostensteigerungen berichtet. Das war auch der Hintergrund der Debatte, die wir schon im September dieses Jahres geführt haben. Schon damals war klar, dass Kostensteigerungen erfolgen werden. Das macht deutlich: Wir wollen mit der Beantragung dieser Sondersitzung für Klarheit sorgen.

Sie haben vorhin ausgeführt, dass für Sie die CO_2-freie Stahlproduktion die einzige Lösung für eine gute Weiterführung des Unternehmens ist. Das teilt auch die SPD-Landtagsfraktion, aber für uns ist das eng mit der Produktion durch Wasserstoff gekoppelt.

Sie haben die vier Szenarien angesprochen. Die vier Szenarien bedeuten immer, dass eine deutliche Reduzierung des Wasserstoffbedarfs die Folge sein kann. Daher müssen wir uns darüber unterhalten, was das für Auswirkungen auf die von Ihnen gerade angesprochenen Projekte hat. Die Netzauslastung bzw. die Netzgestaltung in Nordrhein-Westfalen hängt eklatant mit der Nutzung des Wasserstoffs bei thyssenkrupp zusammen.

Wir wollen eine sachliche Debatte, und wir wollen Klarheit für die Beschäftigten schaffen.

Sie haben deutlich gemacht, dass das für Sie ein Leuchtturmprojekt ist, um Nordrhein-Westfalen in eine klimaneutrale Industrieregion zu überführen. Ich muss Ihnen die Zitate hier nicht darstellen. Haben Sie Erkenntnisse darüber, dass auch Herr López es so sieht, dass die CO_2-freie Stahlproduktion eine Zukunft in Nordrhein-Westfalen haben muss?

Die Auswirkungen der vier Szenarien sind in der Bedarfsanalyse für Nordrhein-Westfalen gravierend. Wie sehen Sie das?

Natürlich wollen wir Sicherheit für die Beschäftigten, und wir wollen keine Spekulationen. Allerdings treiben nicht wir die Spekulationen an, sondern sie sind in den Medien präsent, und zwar nicht erst seit zwei Tagen. Deswegen wollen wir mit dieser Ausschusssitzung für Klarheit sorgen, und zwar auch hinsichtlich der Frage: Was wissen Sie über die Bereitschaft des Unternehmens, in die CO_2-freie Stahlproduktion zu gehen?

Jan Matzoll (GRÜNE): Vielen herzlichen Dank an die Ministerin für die sehr klaren Worte und für die sehr klare Haltung. Es ist in der aktuellen Situation sehr wichtig, dass wir als Politik geschlossen und klar in der Sache sind. Ein herzlicher Dank geht auch an die SPD für die Initiative zu dieser Sitzung, mit der wir uns auch in dieser vollen Plenarwoche noch einmal die Zeit nehmen, über thyssenkrupp Steel und über die Zukunft des Stahlstandorts Deutschland zu sprechen.

Im Zuge der aktuellen Debatte lautet eine Fragestellung, was die Politik tun könne. Dazu hat Frau Neubaur mit dem Nationalen Aktionsplan Stahl schon den entscheidenden Punkt angesprochen. Der Stahlgipfel war ein sehr klares Signal und hat gezeigt, wie viel Einigkeit zwischen der Stahlbranche und der Politik und insbesondere der Politik der Stahlländer Deutschlands besteht.

Daher liegt es jetzt natürlich auch an der Bundesregierung, entsprechende Konsequenzen zu ziehen, damit sich die Rahmenbedingungen so weiterentwickeln, dass Stahl eine Zukunft in Deutschland hat. Das ist sehr wichtig.

Eine weitere Frage, die wir nicht vergessen sollten und die heute im Mittelpunkt stehen sollte – Herr Stinka hat es gerade bereits angesprochen –, lautet, wie thyssenkrupp als Gesamtkonzern und in Person Miguel López und Siegfried Russwurm zur Zukunft des Stahls in Deutschland, zum Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und zu ihrer Verantwortung stehen. Angesichts der Entwicklung der letzten Wochen sieht man, dass der klare Wille der Beschäftigten, den man gemeinsam in einem Unternehmen auf den Weg gebracht hat, das Montanmitbestimmung immer gelebt hat und auch weiterhin leben muss, um zu überleben, mit Füßen getreten wird, wenn durch offenbar bewusste Streuung in die Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werden soll, dass das auf dem Spiel steht.

Die einzige Zukunft für thyssenkrupp Steel liegt in der Wasserstoffreduktionsanlage, in der Dekarbonisierung und darin, ein entscheidender Teil des Wasserstoffhochlaufs in Nordrhein-Westfalen zu sein. Da sind wir ganz klar, und wir gehen auch davon aus, dass das erfolgreich werden wird.

Russwurm und López müssen sich aber auch ihrer Verantwortung bewusst sein, die weit über die Beschäftigten im eigenen Haus hinausgeht und sich nach Schätzungen auf 400.000 bis 500.000 Arbeitsplätzen erstreckt, die insgesamt in den weiteren Wertschöpfungsketten am Stahl hängen. Den Eindruck kann man in den letzten Wochen nicht gewinnen.

Christian Loose (AfD): Frau Ministerin, man braucht nicht groß zu spekulieren. Die Mathematik ist eindeutig. Ich erinnere an die Studie im Auftrag der Bundesregierung mit dem Titel „Bewertung der Direktreduktion von Eisenerz mittels Elektrolyse-Wasserstoff“. Auf Seite 16 in Abbildung 7 erkennen Sie die Kostenerhöhung durch …

(Ministerin Mona Neubaur [MWIKE] hält Rücksprache.)

– Die Frau Ministerin hört mal wieder nicht zu.

Noch einmal für Sie, Frau Ministerin: Die Mathematik ist eindeutig. Ich erinnere noch einmal an die Studie im Auftrag der Bundesregierung mit dem Titel „Bewertung der Direktreduktion von Eisenerz mittels Elektrolyse-Wasserstoff“. Ich kann Ihnen den Link gerne zur Verfügung stellen. Auf Seite 16 in Abbildung 7 erkennen Sie die Kostenerhöhung durch das von der Politik erzwungene Verfahren, das Herr Matzoll gerade angesprochen hat und das auch Sie, Frau Ministerin, immer wieder ansprechen. Statt 300 Euro steigen die Kosten auf über 600 Euro. Damit sind die Kosten doppelt so hoch wie in Indien und China.

Es ist relativ klar, was ein Unternehmen dann machen wird, nämlich die Subventionen abgreifen, so weit wie möglich umbauen und danach die Mitarbeiter entlassen, während es die Kapazitäten im Ausland aufbaut. Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Arbeitnehmer bei thyssenkrupp. Man kann das weiter erzwingen, muss aber wissen, dass das ein klarer Angriff auf die Arbeitnehmer in Duisburg ist.

Ich habe folgende Fragen. Wie ist die Rückzahlung geregelt? Wie sind die Ansprüche geregelt? In der Presse lassen Sie sich damit zitieren, dass thyssenkrupp im Falle eines Falles die geleistete Förderung zurückzahlen müsse. Wer hat die Zahlungsverpflichtung, die Muttergesellschaft oder thyssenkrupp Steel? Inwiefern ist diese Rückzahlung insolvenzfest abgesichert? Welcher Zinssatz wurde vereinbart? Sie sagen: mit Zinsen. Wie ist der Auszahlungsplan für die Subventionen grundsätzlich geregelt? Gibt es einen Projektplan mit Meilensteinen? Können Sie ihn in der nächsten regulären Arbeitssitzung des Wirtschaftsausschusses vorlegen? Wie wird dessen Einhaltung kontrolliert? Gibt es bestimmte Haltepunkte, ab wann ein Projekt automatisiert abgebrochen und rückabgewickelt wird? Inwieweit verbinden Sie Ihr persönliches politisches Schicksal mit dem Erfolg des Projekts?

Alexander Vogt (SPD): Frau Ministerin, Sie selbst haben gerade erwähnt, dass thyssenkrupp und der Vorstand momentan über Szenarien diskutieren. Wie wir dem Handelsblatt entnehmen konnten, gibt es vier unterschiedliche. Diese vier Szenarien sind im Hinblick auf ihre Konsequenzen sehr verschieden. Während das Projekt in einigen Szenarien weitergeführt wird, spielt Wasserstoff in anderen keine Rolle, da in ihnen nur auf Strom gesetzt wird.

Gleichzeitig gibt es einen Investor, der seinen Anteil von bisher 20 % anscheinend gerne auf 50 % aufstocken möchte und der durch seine anderen Geschäftsaktivitäten großes Interesse daran hat, Strom zu verkaufen, den er durch seine Beteiligungen an anderen Unternehmen zur Verfügung stellen könnte.

Wie bewerten Sie die Situation und die Möglichkeit, dass durch einsteigende Investoren wie Herrn Křetínský überhaupt kein Interesse mehr an dem Projekt besteht? Sehen Sie eine Notwendigkeit – wenn das Projekt so wichtig ist, wie Sie es gerade beschrieben haben –, dass sich das Land an dem Konzern beteiligt und sich damit Einfluss sichert?

Appelle an den Vorstand bzw. an die Entscheidungsträger im Konzern, von denen Sie uns hier schon seit knapp einem Jahr berichten, reichen anscheinend nicht aus. Was gedenken Sie als Landesregierung zu tun, falls es darauf hinausläuft, dass es kein Projekt mehr ist, das mit Wasserstoff zu tun hat, wodurch die Strategie des Landes, so wie Sie sie hier vorgetragen haben, komplett infrage gestellt wird?

Herr Stinka hat gerade bereits angesprochen, dass dieses Projekt mit Blick auf die Größenordnung der Ankerabnehmer für Wasserstoff in ganz Nordrhein-Westfalen wäre. Sie sagten, Sie möchten sich nicht an Spekulationen beteiligen, was passierte, falls der Ankerabnehmer ausfiele. Wir finden aber schon, dass das ein wichtiges Thema ist. Daher wüssten wir gerne von Ihnen, welche ebenfalls geförderten wasserstoffbasierten Projekte hierdurch mit infrage gestellt werden könnten. Wie beurteilen Sie als Wirtschaftsministerin es insgesamt, dass Industrieunternehmen aus den Bereichen „mittelständische

Industrie“ und „Großindustrie“ in Nordrhein-Westfalen, die alle bzw. zum großen Teil auf Wasserstoff setzen und sich darauf verlassen, dass es diesen Hochlauf geben wird, in Mitleidenschaft gezogen werden könnten, falls dieses große Projekt nicht kommt?

Wenn die Unternehmensentscheidung jetzt von einem Vorstand abhängt und dieses gesamte Projekt sowie möglicherweise viele andere Projekte und der gesamte Wasserstoffhochlauf von dieser einen Entscheidung abhängen: Haben Sie sich als Landesregierung bezogen auf dieses Gesamtprojekt an die Entscheidung eines einzigen Vorstandsvorsitzenden geknüpft, der darüber entscheiden kann, ob ein Wasserstoffhochlauf in diesem Land stattfindet oder nicht?

Abschließend komme ich auf die bisher abgeflossen Mittel zu sprechen; laut Handelsblatt soll es sich um 500 Millionen Euro handeln. Wie groß ist der Anteil der Landesmittel an diesen 500 Millionen Euro, und für welche Aktivitäten des Konzerns sind sie geflossen? Es muss ja irgendwie begründet worden sein, wofür diese 500 Millionen Euro abgerufen wurden. Sind das Planungskosten für andere Aktivitäten? Sind es Mittel, die vonseiten des Konzerns schon verausgabt wurden?

Dietmar Brockes (FDP): Frau Ministerin, vielen Dank für die Ausführungen. – Wer die Hoffnung hatte, dass es heute große Erkenntnisgewinne gibt, wird enttäuscht sein. Man muss aber auch klar sagen, dass sie heute nicht zu erwarten waren. Letzten Endes hängt alles von einem Gutachten ab und davon, welche Zukunftsperspektiven vorgegeben werden.

Herr Kollege Vogt, eine Beteiligung des Landes macht weder das eine noch das andere Projekt besser. Vielmehr brauchen wir etwas wirtschaftlich Tragfähiges, das eine Zukunft für thyssenkrupp Steel bietet. Man muss ehrlich sein und den Menschen sagen, dass die anstehenden Veränderungen auch mit Personalveränderungen verbunden sein werden. Das kann und muss man zum jetzigen Zeitpunkt leider so klar sagen.

Ich kann nicht erkennen, dass durch den Presseartikel viele neue Punkte aufgekommen sind. Dass es unterschiedliche Modelle geben muss, ist aus meiner Sicht logisch. Insofern müssen wir das abwarten. Frau Ministerin, mir ist wichtig – das habe ich in der Vergangenheit bereits häufiger gesagt –, dass die Landesregierung eine Führungsaufgabe übernimmt und die Beteiligten an einen Tisch holt, wenn das Gutachten und die verschiedenen Modelle vorliegen sind.

Herr Matzoll, was den Stahlgipfel in Duisburg angeht, sehe ich es anders als Sie. Durch diese Veranstaltung hat sich mein Erkenntnisgewinn nicht verbessert. Ich erwarte stattdessen, dass es einen kleinen Stahlgipfel in der Staatskanzlei gibt, wenn das Gutachten vorliegt, und dass man dann die Beteiligten an einen Tisch holt, um zu sehen, wie der weitere Weg sein kann. Da sehe ich eine wichtige Vermittlungsaufgabe des Landes.

Frau Ministerin, ich schließe eine Frage zur Subvention des Landes an. Der Bund hat mit thyssenkrupp vertraglich vereinbart, dass die Zahlung der nächsten Fördercharge nur erfolgt, wenn der Mutterkonzern im Worst Case, den wir alle nicht haben wollen, für die Rückzahlung garantiert. Gilt diese Garantie auch für die Fördermittel des Landes?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Auch ich frage mich, ob diese Sitzung primär auf Informationsgewinnung oder nicht doch vielmehr auf die Gewinnung einer Schlagzeile ausgerichtet ist, wie es der Kollege vor mir schon ausgeführt hat.

Ich möchte noch einmal darstellen, was wir in den letzten Sitzungen immer dargestellt haben. Die Stahlbranche ist ein sehr wichtiger Bereich für das Land Nordrhein-Westfalen, und das gilt nicht nur für die Branche selbst, sondern auch auf viele nachgelagerte Bereiche. Wir halten an dem Ziel fest, Nordrhein-Westfalen in eine gute Zukunft führen und diese Branche, aber auch alle anderen energieintensiven Industrien bzw. die Industrie generell bis zur Mitte des Jahrhunderts treibhausgasneutral aufstellen wollen. Das ist ein Marathon; das ist ein schwieriger Weg.

Das Land Nordrhein-Westfalen und der Bund sitzen bei der Förderung in einem Boot: die Bundesregierung, die drei sie tragenden Parteien sowie die CDU und die Grünen auf der Landesebene. Es besteht also eine große Allianz in der Förderung und Unterstützung auch von thyssenkrupp und eine sinnvolle und gute Zusammenarbeit in der Unterstützung des Unternehmens. Gleichzeitig resultiert daraus staatlicherseits die Erwartung, dass das alles zu einem guten Ende geführt wird. Mit Stand von heute gehen wir davon aus – die Ministerin hat das ausgeführt –, dass die Pläne weiterhin so erfüllt werden wie bisher.

Ich darf daran erinnern – auch das wurde schon an vielen Stellen gesagt –, dass gerade bei thyssenkrupp die Frage der Mitbestimmung, die Tradition des Unternehmens und die gesetzlichen Voraussetzungen der Einbindung von Arbeitnehmern und Unternehmern für uns sehr wichtig sind. Darauf muss auch weiter gedrängt werden.

Im Übrigen können wir als Politik Unterstützung in vielfacher Art und Weise liefern. Das gilt von Berliner Seite verstärkt für die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklungen. Allerdings können wir Unternehmen nicht vollständig von unternehmerischen Entscheidungen befreien. Was in Duisburg auch in technischer Hinsicht geschehen muss, ist ein Stück weit eine unternehmerische Entscheidung. Wir sind dafür da, um zu begleiten und Rahmenbedingungen zu setzen, aber mit Sicherheit nicht, um sämtliche Unternehmen und Industrien zu verstaatlichen oder anderweitig zu versuchen, in eine Staatswirtschaft einzutreten. Unsere Haltung ist sehr klar und auch noch einmal zum Ausdruck gekommen. Ich freue mich auf die weitere Beratung.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Zu dem wichtigen Faktor des Hochlaufs der Wasserstoffwirtschaft. Richtig ist, dass die Direktreduktionsanlage am Stahlstandort Duisburg ein Baustein mit internationaler Strahlkraft ist. Zumindest wurde mir das im europäischen Ausland von denjenigen bestätigt, die in grünen Wasserstoff und dessen Produktion investieren wollen.

Ich habe in meinem Eingangsstatement allerdings ausgeführt, dass wir als Land auch weitere Wasserstoffprojekte in Form von IPCEI-Projekten unterstützen. Hierzu zählen die Raffinerie in Gelsenkirchen oder der Chemiepark Marl. Wir wollen wasserstofffähige Kraftwerke im Zuge der Kraftwerkssicherheitsplanungen im Umfang von 5 GW für Nordrhein-Westfalen. Das alles sind Branchen bzw. Bereiche – sie würden übrigens auch am Wasserstoffkernnetz eine Anbindung finden –, die darauf angewiesen sind

und auch sicherstellen, dass der Wasserstoffhochlauf in Nordrhein-Westfalen eben nicht von einem einzelnen Stahlprojekt abhängt, sondern aus einem Mosaik besteht.

Zugegebenermaßen ist Duisburg ein entscheidender Faktor. Unter anderem das ist der Grund, warum wir uns zusammen mit dem Bund dafür entschieden haben, diese große Projektförderung anzustrengen. Das bietet nicht nur der Stahlproduktion in Duisburg eine Zukunft; es ist weit über die Stahlbranche hinaus notwendig, dass wir den Wasserstoffhochlauf unterstützen, weil es auch außerhalb dieser Direktreduktionsanlage ein großes Bedarfsangebot gibt.

Zu der Höhe des geflossenen Landesanteils. Ich sage es auch hier noch einmal: Bei der Kofinanzierung von Bund und Land handelt es sich um eine Projektförderung. Dementsprechend wird entlang der Fortschritte des Projekts ausbezahlt. Dafür gibt es einen Förderbescheid und nicht einen Förderbescheid des Bundes sowie einen Förderbescheid des Landes. Die Regeln für die Projektförderung sind im Förderbescheid sowohl für den Bund als auch für das Land geklärt. Es ist sichergestellt, dass auch im Insolvenzfall die Rückforderung für diese Projektsumme möglich sein wird, dass auch der Mutterkonzern bei der Rückzahlung einspringen muss und – das war schon in der Presse nachzulesen – dass die Rückzahlung die Projektförderung plus Verzinsung umfasst.

Sie haben nach der Höhe der abgeflossenen Mittel gefragt. Im Handelsblatt war von rund 500 Millionen Euro die Rede. Aus dem Land Nordrhein-Westfalen ist ein hoher zweistelliger Millionenbetrag abgeflossen, und zwar entlang tatsächlich erfolgter Arbeit. Wer mit Vertreterinnen und Vertretern von thyssenkrupp Steel im regelmäßigen Austausch steht, weiß, dass zum Beispiel schon lange Fundamentarbeiten laufen. Dementsprechend ist es auch angemessen, das Geld je nach Fortschritt auszuzahlen. Das wird auch so weitergehen.

Sie haben weiterhin danach gefragt, ob es Erkenntnisse gebe, wonach die Vorstandsspitze vom Vorhaben der Direktreduktionsanlage Abstand nehme. Ich stehe im regelmäßigen Austausch, und mir liegen zum jetzigen Zeitpunkt keine Erkenntnisse vor, dass es einen Abgesang von thyssenkrupp oder thyssenkrupp Steel auf die Direktreduktionsanlage gibt.

Allerdings, und deswegen ist mir das auch in meinem einführenden Beitrag so wichtig gewesen, werden gerade zwei Gutachten erstellt, nämlich ein S6-Gutachten und ein S11-Gutachten. Für das S6-Gutachten wird mit den Ergebnissen bis Ende des Jahres gerechnet. Momentan werden Businesspläne in unterschiedlichen Szenarien geprüft und erarbeitet. Da es sich dabei jeweils um den Versuch handelt, entlang von Zahlen, Daten und Fakten Entscheidungsgrundlagen zu schaffen, ist vollkommen klar, dass wir als Landesregierung und mit Sicherheit auch die Bundesregierung in Gespräche mit thyssenkrupp einsteigen werden, wenn die Ergebnisse vorliegen. Ich würde das nicht als „Stahlgipfel“ bezeichnen wollen, aber weil thyssenkrupp ein wichtiges Stahlunternehmen ist, würden sich meine Kolleginnen und Kollegen und die anderen Stahlunternehmen bedanken, wenn man das als Stahlgipfel bezeichnete. Es besteht die Notwendigkeit, nach Prüfung der Businesspläne und der Kenntnis der Gutachtenergebnisse in einen Austausch zu treten, und das wird sicherlich auch erfolgen.

Um bis dahin den Stand der Dinge zu erklären, gebe ich Ihnen die mir vorliegenden Informationen zur Kenntnis, soweit es mir möglich ist, und ich bitte darum, daran mitzuwirken, dass wir als Verantwortliche im Land Nordrhein-Westfalen eine Sache nach außen tragen – dabei beziehe ich die Opposition aktiv ein, liebe Kollegen der SPD und der FDP –: Richtig ist, dass die Stahlindustrie im Herzen Europas, in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen, aufgrund aus den Fugen geratenen Handelspolitiken, die sich festzusetzen drohen, unter massivem internationalem Druck steht. Umso wichtiger ist eine europäische im Sinne einer fairen Handelspolitik. Ein Gut wie Stahl wird immer Wettbewerbsbedingungen auf internationaler Ebene brauchen, durch die so ein Produkt auch stattfinden kann.

Ich bitte außerdem darum, dass wir die Sorgen der Beschäftigten nicht nur ernst nehmen, sondern auch Informationen zur Verfügung stellen, aber eben auch um Verständnis dafür werben, dass in den Entscheidungsgremien … Herr Vogt, Sie haben gefragt, ob wir uns von einer Person an der Spitze eines Unternehmens abhängig gemacht hätten. – Nein, das haben wir nicht. Genauso, wie wir verteidigen und klarmachen, dass die Zukunft der Stahlproduktion in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen an der Produktion von grünem Stahl hängt, machen wir deutlich, dass das für diese Landesregierung und mit Sicherheit auch für die Bundesregierung in einer mitbestimmten Stahlindustrie stattfinden kann. Deswegen entscheidet nicht ein Einzelner bei thyssenkrupp oder thyssenkrupp Steel, sondern es sind Beratungen, die in den entsprechenden Aufsichtsgremien stattfinden.

Soweit die Antworten auf die Fragen, die Sie mir gestellt haben.

André Stinka (SPD): Frau Ministerin, Sie haben von dem umfangreichen Austausch auch mit der Spitze von tkSE gesprochen. Dass die Gutachten in Auftrag gegeben sind, ist natürlich gut und richtig. Wenn die Gutachten aber einmal in der Welt sind, dann sind Fakten geschaffen. Sie stehen ja im Austausch: Haben Sie seitens der Landesregierung noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig Ihnen eine wasserstoffbasierte Variante ist?

Ich frage das, weil wir alle wissen, dass der Investor Křetínský – Herr Vogt hat das vorhin schon deutlich gemacht – groß in der Stromproduktion unterwegs ist. Es gibt nun einmal zwei Möglichkeiten, Stahl zu produzieren: strombasiert oder wasserstoffbasiert. Wenn Sie Gespräche geführt haben, haben Sie dann noch einmal das Interesse des Landes verdeutlicht, dass diese Direktreduktionsanlage Teil der Wasserstoffstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen ist? Sie hat eine erhebliche Bedeutung, wie Sie selbst ausgeführt haben.

Alexander Vogt (SPD): Noch einmal zu der Frage nach dem Einfluss des Landes. Frau Neubaur, Sie sagen, das sei ein mitbestimmter Konzern, weshalb die Entscheidungen dort gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertretern fielen. Genau das war aber doch die Problematik. Wir diskutieren schon seit einem Dreivierteljahr darüber, dass die Anteilseignerseite mit dem doppelten Stimmrecht des Vorsitzenden Entscheidungen getroffen hat – das betrifft auch den Einstieg des Investors –, bei denen die Arbeitnehmerseite eben nicht mitbestimmen konnte.

Wir haben doch darüber diskutiert, ob das Land seiner Verantwortung durch einen Landeseinstieg oder durch die Forderung nach einem Aufsichtsratsmandat gerecht werden könnte, wenn man diese Fördersummen zur Verfügung stellt. Es geht darum, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dem Konzern eben nicht in dem Maße mitbestimmen, wie Sie es gerade dargestellt haben, sondern dass letztendlich die Entscheidung von der Anteilseignerseite getroffen wird.

Sie haben zum Thema „Wasserstoffhochlauf“ gesagt, dass noch andere Abnehmer in Nordrhein-Westfalen darauf warteten, Wasserstoff zu bekommen. Sie hatten die Raffinerie in Gelsenkirchen und den Chemiepark in Marl genannt und von Kraftwerken gesprochen. Können Sie uns Zahlen nennen, wie viel Wasserstoff in den von Ihnen genannten Bereichen „Energie“ und „Chemie“ im Vergleich zu der geplanten Direktreduktionsanlage bei thyssenkrupp abgenommen werden soll? Wie sieht das Größenverhältnis im Vergleich aus?

Jule Wenzel (GRÜNE): Ich danke der Ministerin für ihre klare Haltung in der Frage. – Ich glaube, dass ich die einzige Duisburgerin im Raum bin.

(Guido Déus [CDU]: Ich bin der einzige Bonner! – Heiterkeit von Nadja Lüders [SPD])

Der Duisburger Standort von tkSE und der Standort der Direktreduktionsanlage in Duisburg-Hamborn sind wichtig für das Gelingen der Transformation des Industriestandorts. Das hat die Ministerin gerade ausgeführt.

Ich halte es für nicht zielführend – das habe ich auch schon mehrfach in den Aktuellen Stunden im Plenum betont –, die Haltung der Ministerin in dieser Frage ständig infrage zu stellen. Die Ministerin hat sowohl in der Presse als auch in diesem Ausschuss klargemacht, dass sie den grünen Stahl als den einzigen Stahl ansieht, der in diesem Unternehmen wirtschaftlich tragfähig ist. Dafür danke ich der Ministerin herzlich.

Es ist nicht zielführend, wenn wir von der Seitenlinie aus über verschiedenste Einstiegsmöglichkeiten diskutieren, über deren Durchsetzungsfähigkeit wir uns nicht einig sind. Viel wichtiger ist es, dass wir das machen, was wir bereits in der Vergangenheit getan haben, nämlich weiterhin darauf zu bestehen, dass der grüne Stahl die Zukunft am Stahlstandort Duisburg ist und die Beschäftigten sowie die Mitbestimmung im Blick zu haben.

In der jetzigen Situation herrscht sehr große Unsicherheit. Ich habe mit Arbeitnehmer*innen am Standort gesprochen: Die Verunsicherung ist seit Jahren nicht mehr so groß gewesen. Daher würde ich mich freuen, wenn wir diese Unsicherheitsspirale nicht immer noch weiterdrehten, sondern uns in fachlicher Weise mit diesen Gutachten beschäftigten und bis dahin bei unserer gemeinsamen Haltung blieben.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Wir haben im Rahmen der Energie- und Wärmestrategie, der Wasserstoff-Roadmap und unserer Carbon-Management-Strategie immer wieder die Zahlen aktualisiert, mit denen die Annahmen beschrieben werden, die uns bezüglich der bekannten Wasserstoffbedarfe für Nordrhein-Westfalen vorliegen. Das sind 129 bis 179 TWh im Jahr 2045.

Wir alle wissen, dass die Direktreduktionsanlage bei thyssenkrupp so geplant ist, wie es einer vernünftigen Transformation in einem so großen Industrieland angemessen ist. Es geht einerseits darum, klimapolitisch umzusetzen, was möglich ist, um mit den Produkten auf dem internationalen Markt zukunftsfähig zu sein, andererseits aber auch anzuerkennen, dass es nicht von schwarz auf weiß wechseln, sondern über Grautöne verlaufen wird. Das bedeutet: Allen Beteiligten war von Anfang an klar, dass der Umstellungsprozess an der Direktreduktionsanlage mit Erdgas beginnt und dass sich der Wasserstoffeinsatz nach und nach steigert.

Das ist die Grundlage, auf der wir gemeinsam das Projekt der Direktreduktionsanlage diskutieren. Das hat der ehemalige CEO von thyssenkrupp Steel zusammen mit dem ebenfalls nordrhein-westfälischen Unternehmen mit weltweiter Technologieexzellenz, das für die Planung und den Bau der Direktreduktionsanlage verantwortlich ist – das ist ebenfalls ein Leuchtturm weit über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus –, genau so berechnet. Das ist das Verfahren.

Lieber Herr Vogt, zu Ihrer Frage nach der Höhe des prozentualen Anteils des Wasserstoffbedarfs am Gesamtanteil der nordrhein-westfälischen Industrie und der Energiewirtschaft. Es wäre unseriös, Ihnen das in Prozentzahlen auszurechnen, weil es natürlich davon abhängt, dass alle jeweils ihre Pläne und Roadmaps haben, wie sie den Weg zur klimaneutralen Produktion gehen wollen. Das liegt uns vor, und auch Sie sind ja regelmäßig in Gesprächen mit den Unternehmen und mit den Beschäftigtenvertretern. Das heißt: Der Bedarf wird in einem schrittweisen Prozess hochlaufen und in der Endstufe die benannte Summe von Wasserstoff umfassen.

Der Einstieg von Herrn Křetínský erfolgte unter der Bedingung der Direktreduktionsanlage. Es war nicht so, dass Herr Křetínský Anteilseigner geworden ist und danach eine Diskussion losgetreten wurde, dass eine Direktreduktionsanlage errichtet werden könnte, sondern das Gegenteil war der Fall. Ich erinnere mich gut daran, und ich bin mir sicher, dass auch viele von Ihnen an diesem warmen Sommertag dabei waren, als 12.000 oder 13.000 Beschäftigte Herrn Habeck und mich aufgefordert haben, dass wir uns reinhängen müssen, dass die Klarheit für diesen Förderbescheid erfolgt. Es wird also von Beschäftigten getragen, die auch bestätigen, dass es keine Qual, sondern eine Chance bzw. ein Zukunftsprogramm im Bereich „Stahl“ ist, diese Direktreduktionsanlage am Standort zu ermöglichen. Unter diesen Bedingungen ist Herr Křetínský eingestiegen.

Umso wichtiger ist es, immer wieder deutlich zu machen, dass diese Entscheidung, die die Bundesregierung und die Landesregierung sehr schnell und sehr verbindlich getroffen haben, auch eine Verpflichtung für thyssenkrupp in Essen, für thyssenkrupp Steel bedeutet und eben kein Blankoscheck ist. In dem Zustand befinden wir uns gerade.

Lassen Sie uns versuchen, die jetzt laufenden Prozesse in Form von Gutachten und Businessplänen … In den Aufsichtsräten wurde ja beschlossen, dass man diese Gutachten gemeinsam beauftragt und damit versucht – und das nehme ich jedem ab und muss ich ja auch jedem abnehmen, der sich entsprechend verhält –, dass alle ihren Beitrag zur Sachlichkeit leisten. Lassen Sie uns in dem Sinne deutlich machen, dass die gesamte Landespolitik der Ansicht ist, dass mit dieser Direktreduktionsanlage fortan auch grüner Stahl aus Nordrhein-Westfalen die Zukunft mitgestalten und als Produkt eingesetzt werden kann.

Die Frage lautet nicht, ob grüner Stahl kommt, sondern wann. Als Landesregierung machen wir im engen Schulterschluss mit der Bundesregierung sehr deutlich, dass er kommen und bis 2030 die ersten Erfolge bei der Einsparung von CO_2 für unsere Bundesrepublik erbringen soll, aber dass er vor allem eine Zukunftsperspektive für die Beschäftigten bietet.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Es ist jetzt 9:50 Uhr. Der Präsident hat die Sondersitzung bis maximal 9:50 Uhr genehmigt. Wir könnten die Sitzung wohl bis 9:55 verlängern, aber spätestens dann muss Schluss sein, weil gleich das Plenum beginnt. Gibt es weitere Meldungen? – Die sehe ich nicht.

Ich bedanke mich bei Ihnen für die Teilnahme an der heutigen Sondersitzung dieses Ausschusses, schließe den Tagesordnungspunkt und beende die Sitzung.

Die nächste Sitzung unseres Ausschusses findet am 30. Oktober 2024 statt.

gez. Dr. Robin Korte
Vorsitzender

18.10.2024/21.10.2024